

D01 Dringlichkeitsantrag: Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen:
Paragraph 218 StGB streichen!

Antragsteller*in: Mareike Engels

Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

Antragstext

1 Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen: Paragraph 218
2 StGB streichen!

3 Die Bundesregierung hat eine Kommission damit beauftragt Vorschläge für eine
4 zukünftige rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen zu erarbeiten.
5 Mitte April hat diese Kommission aus unabhängigen Expert*innen aus verschiedenen
6 Fachbereichen die einstimmige Empfehlung abgegeben, dass
7 Schwangerschaftsabbrüche in der Frühphase der Schwangerschaft rechtmäßig sein
8 sollten und für Abbrüche in der mittleren Phase der Schwangerschaft dem
9 Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zustehe, der einen Regulierungsrahmen
10 schaffe. Außerdem sollten wie bisher Ausnahmeregelungen in der gesamten
11 Schwangerschaft vorgesehen sein, zum Beispiel bei einer Gesundheitsgefahr der
12 Schwangeren. Durch diesen umfangreichen Bericht der Kommission und diese
13 einstimmige Empfehlung, liegt es nun an der Politik die nötigen rechtlichen
14 Schritte einzuleiten.

15 Wir Grüne stellen uns seit jeher gegen die Kriminalisierung von Frauen und allen
16 gebärfähigen Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch brauchen sowie den
17 Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen und darüber informieren. Die Streichung des
18 Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch ist eine fundamentale Forderung der
19 Frauenbewegungen und der Bericht zeigt eindrücklich, dass eine Streichung
20 wichtig für die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen und darüber hinaus auch
21 rechtlich geboten ist. Denn die Regelung ist verfassungsrechtlich,
22 völkerrechtlich sowie europarechtlich falsch. Sie führt zu einer Stigmatisierung
23 von Schwangeren und Ärzt*innen und verschlechtert durch den so entstehenden
24 Druck auf die Ärzt*innen die Versorgungslage für Betroffene. Als legale
25 Behandlung können Abtreibungen endlich ins Kurrikulum der
26 Gynäkolog*innenausbildung einbezogen werden. Auch würde die Möglichkeit
27 geschaffen den Abbruch und damit zusammenhängende Behandlungskosten über die
28 Krankenkassen abzurechnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die überkommene
29 Beratungspflicht für Schwangere fallen zu lassen und einen Rechtsanspruch auf
30 Beratung mit der Pflicht des Staates, ein Angebot vorzuhalten, gesetzlich zu
31 verankern.

32 Frauenrechte in Gesellschaften sind ein Gradmesser für deren Demokratie. Gerade
33 jetzt, wo Schwangerschaftsabbrüche in nationalistischen Ländern im Kreuzfeuer
34 stehen, gerade jetzt, wo die Expert*innen einer Meinung sind, ist die
35 Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein dringend gebotenes Zeichen für
36 Demokratie und Frauenrechte. In den vergangenen Jahrzehnten gab es in der
37 Bundesrepublik immer wieder eine gesellschaftliche Debatte und im Ergebnis
38 wünscht sich die Mehrheit der Menschen eine Entkriminalisierung des
39 Schwangerschaftsabbruchs. Frauen aus der ehemaligen DDR wünschen sich endlich
40 die reproduktiven Rechte zurück, die sie bereits hatten. Und Frankreich zeigt,
41 wie es gehen kann: Dort wurde das Recht auf den Zugang zu sicheren
42 Schwangerschaftsabbrüchen unlängst in der Verfassung verankert. Auch in

43 Deutschland ist eine alte Forderung der Frauenbewegung und längst überfällig,
44 Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen zu legalisieren und für
45 Schwangerschaftsabbrüche in der mittleren und späten Phase der Schwangerschaft
46 eine angemessene Regelung zu finden. Wir haben auf Bundesebene die historische
47 Chance, mit der SPD und der FDP diese überfällige Reform umzusetzen. Unsere
48 Koalitionspartner im Bund müssen jetzt den Kommissionsbericht ernst nehmen und
49 die Entkriminalisierung zeitnah mit uns auf den Weg bringen. Wir Grüne
50 appellieren an FDP-Bundesjustizminister Buschmann, zeitnah einen entsprechenden
51 Gesetzesentwurf vorzulegen.

52 Denn wer es mit dem Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, mit
53 der liberalen Gesellschaft und Freiheit ernst meint, hat mit dem
54 Kommissionsbericht jetzt eine gute Grundlage um endlich zu handeln!

Begründung

Bericht der Kommission: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/kommission-zur-reproduktiven-selbstbestimmung-und-fortpflanzungsmedizin-legt-abschlussbericht-vor-238414>

Aktuelle Informationen zur Versorgungslage in der ELSA-Studie: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/handlungsfelder/forschungsschwerpunkte/ungewollte-schwangerschaft/elsa>

Zum Thema gesellschaftliche Mehrheiten: Eine aktuelle repräsentative Studie des BMFSFJ zeigt, dass 80 Prozent der Deutschen es für falsch halten, dass ein Schwangerschaftsabbruch nach erfolgter Beratung rechtswidrig ist.

Unterstützer*innen

Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona); Miriam-Elisabeth Bosse (KV Hamburg-Wandsbek); Michael Gwodz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Ruth Brovtchenko (KV Hamburg-Eimsbüttel); Gudrun Schittek (KV Hamburg-Harburg); Benjamin Eschenburg (KV Hamburg-Altona); Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Angela Fechner (KV Hamburg-Nord); Lisa Schaumann (KV Hamburg-Wandsbek); Julia Hecker (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sandra Goldschmidt (KV Hamburg-Eimsbüttel); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Carl Jannes Neuse (KV Hamburg-Altona); Stephanie Alexandra Faust-Weik-Roßnagel (KV Hamburg-Altona); Dana Vornhagen (KV Hamburg-Altona); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Mechthild Weber (KV Hamburg-Wandsbek); Marla Hüttenrauch (KV Hamburg-Mitte); Anke Helberg (KV Hamburg-Harburg); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Pauline Kaminski (KV Hamburg-Nord); Wolfram Evermann (KV Hamburg-Wandsbek); Lena Schwarzer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Bettina Köpp-Mumme (KV Hamburg-Wandsbek); Nicole Zeidler (KV Hamburg-Nord); Andrea Witt-Winkler (KV Hamburg-Wandsbek); Wiebke Christine Jones (KV Hamburg-Wandsbek); Conny Poltersdorf (KV Hamburg-Wandsbek); Ute Groll (KV Hamburg-Altona); Katja Rosenbohm (KV Hamburg-Wandsbek); Linda Landwehr (KV Hamburg-Wandsbek)